

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 22. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1068 – Neudruck
erste Lesung

Ich eröffne die Beratung. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Sieveke das Wort.

Daniel Sieveke (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Finanzminister! Er ist schon im Raum.

„Die SPD tritt für eine nachhaltige Finanzpolitik ein, die künftigen Generationen keine stetig steigenden Zinszahlungen hinterlassen will. Deshalb bekennen wir uns ausdrücklich zur Begrenzung und Rückführung der staatlichen Neuverschuldung und zu der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.“

So lautet eine Passage aus dem neuen SPD-Fortschrittsprogramm vom 11. Januar 2011.

Ab dem Jahr 2020 wird also die so weit im Bundeskonsens beschlossene Schuldenbremse auch in Nordrhein-Westfalen gelten – absolut richtig und notwendig, wenn wir alle parteiübergreifend unseren Kindern und Enkeln eine Finanzlage im Bund und in den Ländern hinterlassen wollen, die auch in Zukunft politisches Handeln ermöglicht.

Doch jetzt kommen Sie, Herr Finanzminister. Sie halten Maßnahmen zur Einhaltung der Schuldenregel bis dahin scheinbar nicht für notwendig. Sonst hätten Sie diese wohl kaum als Selbstentmündigung bezeichnet. – Es geht vielmehr um eine Selbstverpflichtung. Schade, dass Sie so denken.

Dieses Land hat einen Finanzminister, der erstens nur dann spart, wenn ihn jemand anders dazu zwingt, sei es eine Grundgesetzänderung oder eine Gerichtsentscheidung, zweitens Sparen ausschließ-

lich als Erhöhung der Einnahmenseite definiert und drittens Sparen nicht will, nicht kann, aber vor allem das Sparen auf keinen Fall als die Aufgabe des Finanzministers betrachtet.

Herr Finanzminister, für Sie scheint Sparen ein Glücks- oder Zufall zu sein. Das ist allerdings keine gute Amtsführung Ihres Ressorts. Das ist keine bewusste eigenständige Finanzpolitik. Sie haben Ihr Ministerium schlicht zur Hausbank der Regierung umgestaltet,

(Beifall von der CDU)

getreu dem Motto: Nicht groß meckern, ordentlich mit Liquidität eindecken und so die Wünsche und Ideen eines Drei-Parteien-Bündnisses finanzieren.

Dadurch haben Sie ein Ausgaben-, aber kein Einnahmenproblem. Mal angenommen, mit dieser Ausgabenpolitik in Nordrhein-Westfalen würde es bis zum Jahre 2020 weitergehen, also ohne eine eigene Schuldenregel in Nordrhein-Westfalen. Glauben Sie wirklich, dass es dem Finanzminister im Jahre 2019 – wer immer das auch sein wird – gelingen kann, die Schuldenregel des Bundes im Folgejahr einzuhalten, von null auf hundert?

An dieser Stelle finde ich es besonders bemerkenswert, dass die Landesregierung sehenden Auges ihre ausufernde Finanzpolitik weiter betreibt, während sie selbst noch vor einer Woche, am 12. Januar, eine Kleine Anfrage der Linken mit einer Summe von über 20 Milliarden € Zinslast in den Jahren 2011 bis 2014 beantwortet hat. Dann kommt sie, die Antwort der Landesregierung auf die Frage, was sie unternimmt, um die Ausgaben für den Schuldendienst zu senken. Ich zitiere:

„Grundsätzlich wird in den nächsten Jahren die Rückführung der Neuverschuldung mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2020 zu einer Stabilisierung der Zinsausgaben beitragen.“

„Grundsätzlich“, was heißt das? Nicht „tatsächlich“? Sie müssen mir schon zugestehen, dass es gewisse Schwierigkeiten bereitet, einem Minister zu glauben, wenn er seinen grundsätzlichen Willen zum Sparen erklärt, während gleichzeitig die Regierungschefin Sparen grundsätzlich für nicht zeitgemäß hält. Lösen Sie sich von der Doktrin der Ministerpräsidentin „Prävention für morgen durch Verschuldung heute“!

Das wird nicht funktionieren. Verschuldung ist kein Vorsorgemodell. Schulden machen ist keine Zukunftsvorsorge. Ein in der Zukunft überschuldeter und damit nicht mehr handlungsfähiger Staat wird übrigens auch keinerlei sozialen Ausgleich mehr gestalten können.

Zur Entscheidung des Landesverfassungsgerichts haben wir gestern schon vieles gehört. Aber ein wichtiger Satz sollte uns noch im Ohr bleiben – ich zitiere –:

„Der Eingriff in den Gestaltungsspielraum der Landesregierung ... wiegt ... weniger schwer als die andernfalls drohende Gefahr einer Belastung des politischen Gestaltungsspielraums für zukünftige Haushalte durch erhebliche Zinsbelastungen ...“

Oder anders gesagt: Wenn eine Landesregierung die Zukunft nachfolgender Generationen verspielt, muss sie gestoppt werden. Oder noch anders ausgedrückt: Soziale Prävention durch Schulden, das ist gescheitert.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Den Gesetzentwurf meiner Fraktion, der CDU, betrachte ich daher – Sie werden jetzt vielleicht etwas schmunzeln – als Einladung an die Koalition der Einladung. Es besteht doch hier im Haus parteiübergreifend Einigung darüber, dass wir etwas für die nächste und die übernächste Generation zu leisten haben. Die Belastungen durch die demografische Entwicklung sind uns allen bekannt.

Betrachten Sie, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, den Entwurf der CDU daher als eine Brücke, eine Brücke, die Nordrhein-Westfalen haushaltspolitisch auf einen stabilen Weg durch die nächsten zehn Jahre führt.

Im Dezember 2009 haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, in einem Entschließungsantrag erklärt, was geschehen muss, damit Sie der Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung zustimmen. Ich gebe das stichpunktartig wieder:

Erstens: gründliche und umfassende parlamentarische Beratungen. Sie – ich seit einigen Monaten – diskutieren seit 2009 über die Schuldenregelung. Meine Damen und Herren, wie viel Beratungsbedarf haben Sie noch?

Zweitens: Die Verschuldung muss stufenweise eingeschränkt werden. Wir von der CDU schlagen Ihnen die symmetrische Konjunkturkomponente vor: Im Aufschwung wird gespart, im Abschwung sind Defizite erlaubt. Liegen wir da so weit auseinander?

Drittens: kein Ausweichen in Schattenhaushalte. Das ist in Abs. 3 des CDU-Entwurfs ganz klar definiert. Das sehen wir genauso.

Viertens: kein Sale-and-Lease-Back. Einverstanden.

Fünftens: kein Sparen zulasten der Kommunen. Einverstanden.

Wir können also feststellen: Der Gesetzentwurf der CDU begegnet den Anforderungen der SPD in Nordrhein-Westfalen. Kaum zu glauben, aber wahr.

Aber wir müssen doch jetzt anfangen, das strukturelle Defizit abzubauen. Nordrhein-Westfalen hat heute Gesamtschulden von mehr als 130 Milliarden €. 1995 waren es 66 Milliarden €. Das ist eine

Verdoppelung in den letzten 15 Jahren. Das zeigt, dass niemand – keine Partei, keine Regierung – die Neuverschuldung in den Griff bekommt, wenn er nicht sofort damit anfängt.

Darum brauchen wir die Schuldenbremse. Andere Bundesländer haben sie bereits. Ich zitiere hier den SPD-Finanzminister von Rheinland-Pfalz, Carsten Kühl, der im September 2010 Folgendes gesagt hat:

Ich begrüße die Einigung der drei Landtagsfraktionen in Rheinland-Pfalz auf die Schuldenbremse. Sie wird in den kommenden Jahren noch schwierige Entscheidungen erfordern. Hier muss jedes Bundesland seiner Verantwortung gerecht werden.

Nun also der zweite Anlauf in Nordrhein-Westfalen. Es ist dringlicher als je zuvor. Machen Sie mit, liebe Regierungsfractionen, es ist höchste Zeit!

(Beifall von der CDU)

Wir müssen jetzt, in der bereits eingetretenen guten gesamtwirtschaftlichen Lage, anfangen, zu sparen. Dann wird auch kaum jemand in einer wirklich schwierigen wirtschaftlichen Lage oder in außergewöhnlichen Notsituationen des Landes neue Schulden grundsätzlich infrage stellen.

Jetzt aber befinden wir uns im Aufschwung. Der ifo-Geschäftsklimaindex steigt schon seit 2010 rasant an, im Dezember zum wiederholten Mal in Folge. Die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich stetig.

Herr Minister, sehen Sie den Gesetzentwurf der CDU bitte nicht länger als irgendeine überflüssige, selbstentmündigende Idee an, sondern als ganz konkrete Arbeitshilfe zur Unterstützung ihres Ressorts. Geben Sie bitte zu, dass die CDU ein sauber durchdachtes Konzept vorgelegt hat. Tragen Sie den Gesetzentwurf mit. Setzen Sie sich in der Regierung durch, und werben auch Sie für unseren Entwurf in diesem Hohen Hause. Tun Sie doch einfach so, als seien Sie der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, und fangen Sie an, eine generationengerechte Finanzpolitik zu betreiben.

(Beifall von der CDU)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich um Ihre Unterstützung für die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sieveke. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Prof. Dr. Bovermann.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Wer keine Schulden haben will, der darf sie einfach nicht aufnehmen.“

Diese Aussage von Prof. Stefan Koriath von der Ludwig-Maximilians-Universität München stammt aus der Anhörung vom 25. Februar 2010. Beraten wurde damals über den Gesetzentwurf der CDU/FDP-Landesregierung zur Änderung von Art. 83 der Landesverfassung, also genau über das heutige Thema. Prof. Koriath meinte, statt über neue Schuldenregelungen nachzudenken, sollte man besser erst einmal die vorhandenen nutzen.

(Zuruf von der CDU)

Daneben spricht eine generelle Skepsis gegenüber der Wirksamkeit solcher Regelungen aus dieser Äußerung.

Meine Damen und Herren, was ist überhaupt eine Schuldenbremse? Erlauben Sie mir, dass ich am Anfang – gerade auch für die Besucher auf der Tribüne – etwas weiter aushole.

(Zuruf von der CDU: Schön, dass Sie darüber nachdenken!)

Das ist nichts Neues. Die Nettokreditaufnahme durch Bund und Länder war auch bisher auf die Höhe der im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen begrenzt. Dazu gab es eine Reihe von Ausnahmen. Offensichtlich haben diese Regelungen aber nicht verhindern können, dass die Verschuldung weiter angestiegen ist. Daher auch die verbreitete Kritik.

Allerdings haben sich auch die Rahmenbedingungen verändert. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist ein Lastenausgleich zwischen den Generationen noch dringlicher geworden. Außerdem sind die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts hinzugekommen.

Im Zuge der Föderalismusdiskussion sind auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu geordnet worden. Das Reformpaket beinhaltet unter anderem auch eine Neuregelung der Verschuldung. Nach Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz sind die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Nur der Bund darf noch in geringem Umfang strukturelle Verschuldungsspielräume nutzen. Darüber hinaus sind nur konjunkturelle Entwicklungen und Naturkatastrophen als Ausnahmen für Kreditaufnahmen zugelassen.

Diese Neuregelung gilt für den Bund schrittweise ab dem Haushaltsjahr 2011 und für die Länder ab 2020. Die Länder regeln die nähere Ausgestaltung im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen. Damit, meine Damen und Herren, stellt sich für Nordrhein-Westfalen die Frage: Wann wird eine solche Regelung getroffen? Schon vor 2020? Soll die Regelung verfassungsrechtlich haben oder einfachgesetzlich sein?

Ein Blick auf die übrigen Länder zeigt die übliche föderale Vielfalt. Einige Länder haben noch gar nichts unternommen oder beraten zurzeit. Andere haben bereits Regelungen in ihre Landeshaushaltsordnungen übernommen. Lediglich drei Länder haben sich bisher für Verfassungsänderungen entschieden, dabei insgesamt für sehr differenzierte Regelungen. Das heißt, die Länder haben ihre Spielräume auch genutzt.

In Nordrhein-Westfalen haben CDU und FDP im Mai 2009 einen ersten Antrag zum Thema vorgelegt. Darin forderten sie die damalige Landesregierung zu einer Schuldenregelung in der Landesverfassung auf. Im Dezember 2009 – wir haben es gerade gehört – folgte dann ein Gesetzentwurf, den man inhaltlich nur als sehr dünn und unter Zeitdruck zusammengeschustert bezeichnen kann. Darin wurde einfach Art. 109 Grundgesetz zum Landesrecht gemacht. Haushalte sollten so aufgestellt werden, dass das Ziel der schwarzen Null 2020 zu erreichen war.

Dieser Entwurf fand zu Recht nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Nun taucht er in überarbeiteter Form wieder auf – nach wie vor mit einer engen Orientierung an der Regelung auf Bundesebene.

Die Zeitplanung ist sogar noch restriktiver: Anwendung auf den Haushalt 2012. Bis zum 31. Dezember 2019 darf abgewichen werden. Spätestens aber 2020 ist dann die Vorgabe des Art. 83 zu erfüllen. Die Begründung ist ausführlicher geworden, aber nicht unbedingt verständlicher. Sie wirft eine Reihe von Detailfragen auf, denen ich aber hier an dieser Stelle nicht weiter nachgehe. Wir werden ja in den Ausschüssen darüber ausführlich beraten.

Interessant ist, dass nach wie vor unter dem Punkt „Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände“ lapidar „keine“ steht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hört, hört!)

An vielen Stellen heißt es: Das Nähere bestimmt das Gesetz. – Das heißt, auch Ausführungsbestimmungen liegen nach wie vor nicht vor.

Meine Damen und Herren, warum kommt dieser Gesetzentwurf zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form? Ist er, wie Kollege Sieveke gerade meinte, als Einladung zum Dialog zu verstehen, um eine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung zu erreichen? Oder ist er doch eher eine Kampfanlage an die rot-grüne Regierung?

Blicken wir kurz zurück: Die CDU hat während ihrer Regierungszeit von 2005 bis 2010 den Schuldenstand von 107 auf rund 130 Milliarden € gesteigert – trotz gesteigener Steuereinnahmen. Im Jahre 2005 waren es 6,7 Milliarden € und nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 2010 wieder 6,6 Milliarden € Nettokreditaufnahme. Aber das ist, wie wir inzwischen wissen, nur die halbe Wahrheit. Im

Nachtragshaushalt haben wir Schlussbilanz gezogen: 8,4 Milliarden €.

(Zuruf von Bernd Krüchel [CDU] – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Halten Sie den Ball besser ganz flach!)

Laut mittelfristiger Finanzplanung von Herrn Linssen sollte es so weitergehen bis 2013. Weitere Schulden waren geplant, jedes Jahr rund 6 Milliarden € bis zu einem Anstieg auf 148,5 Milliarden €. Helmut Linssen war der Rekordschuldenminister.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Wie passt das alles zusammen? Sie haben auf der einen Seite die Verschuldung gesteigert, auf der anderen Seite wollen Sie nun frühzeitig ein Verschuldungsverbot durchsetzen. Auf der einen Seite haben Sie bei den Schulden selber Gas gegeben, aber nun, bei einer anderen Regierung, möchten Sie auf die Bremse treten. So zeigt sich denn auch die Stoßrichtung des Gesetzentwurfes nicht in der Begründung, sondern in den Pressegesprächen, die Herr Laumann geführt hat. Seine Ziele sind nämlich Personaleinsparung und die Abschaffung der Studiengebühren und der Kita-Gebühren verhindern. Es ist der Versuch, rot-grüne Politik zu blockieren. Dabei schreckt man auch nicht vor der Instrumentalisierung der Verfassung zurück.

(Unruhe von der CDU)

Jenseits solcher durchsichtiger und erfolgloser taktischer Überlegungen wirft der Gesetzentwurf eine Reihe weiterer Fragen auf. Es geht natürlich um die Kompetenzen des Landtages, die ohnehin schon durch die Neufassung des Art. 109 Grundgesetz eingeschränkt werden.

Aber was bedeutet darüber hinaus eine eigenständige Verfassungsregelung auf Länderebene für den Landeshaushalt und für die Handlungsspielräume des Parlamentes? – Vielleicht ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich der Situation Bund und Länder hilfreich. Die Länder haben kaum Möglichkeiten zur eigenen Ausgestaltung von Steuern. Die Personalausgaben nehmen einen besonders hohen Anteil an, und umgekehrt tragen die Länder wichtige Lasten der Zukunftsinvestitionen wie insbesondere Bildungsausgaben.

Schließlich ein Problem, das schon bei früheren Anhörungen von den Vertretern der kommunalen Familie vorgetragen wurde: Was passiert, wenn die Konsolidierung der Länderhaushalte zur Belastung der Kommunen wird? Wir können uns nur eine Regelung vorstellen, mit der das finanzielle Auskommen der Kommunen sichergestellt wird. Diese und weitere Fragen können wir in den Ausschüssen diskutieren.

Die SPD bestreitet nicht die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Herr Sieveke hat ja gerade aus dem Programm zitiert. Gleichwohl

halten wir es für wichtig, dass wir sehr sorgfältig prüfen, ob eine Änderung der Landesverfassung ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jostmeier zulassen?

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Nein, wir werden darüber ja noch in den Ausschüssen ausführlich diskutieren.

Gleichwohl werden wir sehr sorgfältig prüfen, ob eine Änderung der Landesverfassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig ist. Alles, was in dem Entwurf steht, ergibt sich aus dem Grundgesetz und kommt im Jahr 2020 ohnehin.

Wir werden darauf achten, dass die Budgetrechte des Parlamentes gesichert und die Spielräume für eine nachhaltige Finanzpolitik und für einen vorsorgenden Sozialstaat erhalten bleiben. Denn Investitionen im Bildungsbereich für zukünftige Generationen sind für uns ebenso wichtig wie der Schuldenabbau.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Bovermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Abgeordneter Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich etwas zum Verfahren sagen. Es ist schon ein ungewöhnlicher Vorgang, dass eine Fraktion einen verfassungsändernden Gesetzentwurf ohne jegliche Vorabgespräche ins Parlament einbringt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das macht aus meiner Sicht deutlich, dass Sie nicht den Schulterschluss hier im Parlament suchen und eben nicht versuchen, die Verfassung ernsthaft zu ändern. Es ist zumindest sehr ungewöhnlich, dass Sie das so handhaben.

Wir werden Ihnen das anders vormachen. Das werden Sie in den nächsten Wochen sehen. Denn Einladungen heißt, auf Augenhöhe miteinander verhandeln zu können, Vorschläge einbringen zu können. Dafür gab es in diesem Parlament auch gute Beispiele. Ich kann mich an die Sondersitzung zu den Kommunalfinzen erinnern. Da haben wir in zwei- bis dreitägiger harter Arbeit mit den Kollegen Löttgen, Biesenbach und anderen von der CDU-Fraktion auf Augenhöhe verhandelt und einen guten Kompromiss erzielt. Das hätte ich mir auch bei die-

sem Verfahren sehr gut vorstellen können. Das haben Sie bisher leider nicht gemacht.

Trotzdem, der Gesetzentwurf, der heute von der CDU-Fraktion vorgelegt wird, ist zumindest von der Qualität her um einiges besser als das, was die Landesregierung von CDU und FDP im Dezember 2009 vorgelegt hat. Damals ging es – das kann man anhand der weiteren parlamentarischen Beratungen sehr deutlich nachweisen – nur um Show, nur um Vorführen und keineswegs um die Sache.

Was ich Ihnen in der Sache zugestehen will, ist, dass Sie das Thema „Konjunkturkomponente“ in dem Gesetzentwurf, der heute vorliegt, ernsthaft angeschnitten haben. Was Sie nicht gemacht haben, ist, zu sagen, was Sie im Einzelnen darunter verstehen. Stattdessen verweisen Sie immer auf einzelgesetzliche Maßnahmen. Das können wir dann im Ausschuss sehr dezidiert diskutieren.

Der größte Mangel ist jedoch das, was auch der Kollege Sieveke eben vorgetragen hat: Sie haben keine Barriere in Richtung Kommunen vorgelegt. Sie lassen sich weiterhin offen, Lasten des Landes auf die Kommunen abzuwälzen. Das haben wir fünf Jahre intensiv in Ihrer Regierungszeit beobachten können.

Was heißt das, was Sie heute vorschlagen, konkret? – Sie schlagen vor, das strukturelle Defizit abzubauen, einzusparen oder zu konsolidieren. Das heißt ganz konkret: Mindestens 6 bis 7 Milliarden € müssten eingespart werden. Im Landeshaushalt wären dann mal eben 150.000 oder 50 % des aktiven Personals vom Aufwand her zu konsolidieren.

Was hat die CDU 2008 ganz konkret gemacht? – Sie hat bei 42 Milliarden € Steuereinnahmen – die höchsten in der Geschichte dieses Landes, in der besten konjunkturellen Situation – 1 Milliarde € Schulden gemacht. Was hätte sie nach ihrem Konzept aber machen müssen? – Sie hätte für Konjunkturverläufe ansparen müssen. Sie hätte 5 bis 6 Milliarden € ansparen müssen. Das hat sie nicht gemacht. Sie hätte das kommunale Defizit von anderthalb Milliarden Euro ausgleichen müssen und nicht weitere Lasten auf die Kommunen abschieben dürfen. Außerdem hätte sie für die WestLB Vorsorge treffen müssen. Alles in allem sind das 8 Milliarden €, um die Sie Ihren eigenen Vorschlag für das Jahr 2008 verfehlt haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bezüglich der kommunalen Komponente haben wir Ihnen zum Art. 79 Abs. 3 einen Vorschlag zur Verfassungsänderung gemacht, den Sie abgelehnt haben. Das werden wir im weiteren Verfahren auch dieses Mal wieder beleuchten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jetzt komme ich zu den Dingen, die wir ganz konkret im Landeshaushalt machen könnten. Wir gehen

ganz konkret in die Struktur des Haushaltes hinein. Sind Sie denn dafür, den Wassercents zu erhöhen? Sind Sie dafür, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen?

(Ralf Witzel [FDP]: Nein!)

Die FDP ist doch jetzt schon auf den Bäumen, macht jegliche Maßnahmen in dieser Richtung kaputt und hat überhaupt kein ernsthaftes Interesse, darüber nachzudenken.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Nicht über immer mehr ideologisches Abkassieren!)

– Herr Kollege, ich komme dazu.

Sind Sie denn bereit, mehrere Zehntausend Stellen im Bereich der Schulen oder bei den Zuschüssen zu den Hochschulen einzusparen? Sind Sie denn bereit, das GFG, Herr Kollege Witzel, um 1 bis 2 Milliarden € zu kürzen? Sind Sie bereit, den Kulturhaushalt zu halbieren? Sind Sie bereit, das KiBiz über das derzeitige Maß hinaus zu rasieren?

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Sind Sie bereit, insbesondere im Hinblick auf die Doppeljahrgänge, die bald an die Hochschulen kommen, weitere Einsparungen bei den Hochschulen vorzunehmen? Sind Sie in der Sache dazu bereit?

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Sie entziehen den Schulen die Studienbeiträge!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was hat der Bund gemacht? – Im Jahr 2009, im Jahr der höchsten Verschuldung dieser Bundesrepublik Deutschland, haben sich CDU und FDP in einem Koalitionsvertrag darauf verständigt, weitere 24 Milliarden € an Steuereinsparungen – in Klammern: davon 15 Milliarden € zulasten der Länder und Kommunen – vorzunehmen. Der erste Schritt wäre doch gewesen,

(Ralf Witzel [FDP]: Familienentlastung und Wirtschaftswachstum haben dies gebracht!)

das vielleicht einmal selber zu machen. Herr Kollege Witzel, Sie hätten doch auf den Solidaritätszuschlag verzichten können. Dann hätte doch der Bund und hätten nicht die Länder und die Kommunen die Kosten übernommen, denen dafür die Mittel fehlen.

Oder sind Sie dazu bereit, auf Bundesebene endlich umzukehren und zu einer ernsthaften Besteuerung derjenigen zu kommen, die mehr haben, nämlich der Kapitalbesitzenden?

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sind Sie dazu bereit, eine ernsthafte Erbschaftsteuer auf den Weg zu bringen?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Klar, die FDP immer!)

Sind Sie dazu bereit, eine Vermögensabgabe auf den Weg zu bringen, die in der Lage ist, die Alt-schulden abzubauen?

Das sind ganz konkrete Fragen, denen man sich in diesem Verfahren stellen und in der Struktur durch-deklinieren muss.

Ich sage Ihnen aber an der Stelle ganz deutlich: Wir werden uns der Debatte nicht verschließen. Wir werden Ihren Gesetzentwurf prüfen. Wir werden sehr ernsthaft auch im weiteren Gesetzgebungs-verfahren genau diese Fragen durchdeklinieren. Denn durch einen Beschluss des Landtags „Wir machen einfach keine Schulden“ macht man nicht keine Schulden.

Der Landtag hier muss das ganz konkret in einem vernünftigen Konzept darlegen – da sind Sie gefordert und müssen Vorschläge machen, wie es gehen soll. Der Landtag ist ganz konkret gefordert, das mit Leben zu füllen. Denn durch ein schlichtes Schreiben in die Verfassung ist keinem geholfen. Das muss durch Maßnahmen hinterlegt werden. Da sind Sie bis jetzt jede Antwort schuldig geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind nicht nur jede Antwort schuldig geblieben, sondern Sie haben durch ganz konkrete Politik nachgewiesen, dass Sie tricksen wollen. Sie haben die Kommunen belastet. Sie haben die WestLB-Risiken nicht hinterlegt. Sie haben auch keine Vor-sorge für konjunkturelle Schieflagen in diesem Land getroffen. Das ist das Fazit, das wir heute feststellen müssen.

Eines gebe ich Ihnen noch mit auf den Weg, weil es ja gestern auch mehrfach diskutiert worden ist. Diese 1,3 Milliarden € Zuführung zur Sonderrücklage WestLB ist doch genau das, was Ihrem Konzept entsprechen würde. Warum beklagen Sie das denn? Warum sind Sie denn nicht dafür, dass man sukzessive und regelmäßig Vorsorge für die Lasten trifft, die wir erkennbar im Landeshaushalt haben?

Ich habe ein bisschen den Eindruck, Sie wollen hier das Bild abliefern: Die einen machen Schulden, und die anderen können es besser. – Sie hinterlegen es mit keiner Maßnahme.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist die Aufgabe für die nächsten Monate.

Denn das will ich an dieser Stelle auch ganz klar sagen: Wir Grünen sind für eine nachhaltige Haus-haltspolitik. Wir wollen natürlich ausgeglichene Haushalte. Wir wollen natürlich die Zukunft unserer Kinder nicht verspielen. – Deswegen muss eines zusammenpassen.

(Zurufe von der CDU)

– Da brauche ich von Ihnen überhaupt keine Belehrungen. Ich habe drei Kinder in einem entsprechen-

den Alter, die jetzt darauf angewiesen sind, dass wir ihre Zukunft nicht verbauen und dass sie zur Hoch-schule gehen können oder eine Ausbildung machen können und dass das nicht durch Maßnahmen des Landtags verhindert wird.

Aber nachhaltige Haushaltspolitik heißt Gesamt-konzept, heißt Einsparungen auf der einen Seite, und die, die viel tragen können, müssen auf der an-deren Seite das finanzieren, was der Staat auch braucht. Das ist ein Gesamtkonzept. Das werden wir hier diskutieren. Wir werden nicht einfach irgen-dwas beschließen, was wir nicht einhalten kön-nen. Denn das ist genauso dreist und trägt zur Poli-tikverdrossenheit bei, wie sich wegzuducken und nicht über die Sache zu reden. – Dazu sind wir aber sehr gerne bereit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion der FDP hat Frau Abgeordnete Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Schönen guten Morgen! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich dem Kollegen Mostofizadeh da-für danken, dass er an dieser Stelle, was wir lange nicht gehört haben, einmal wirklich ein Bekenntnis zu einer klaren, nachhaltigen und generationenge-rechten Finanzpolitik abgegeben hat. Denn diese Zielbeschreibung habe ich jedenfalls von Ihnen, von SPD und Grünen – die Kollegen der Linken brau-chen wir da, glaube ich, gar nicht zu erwähnen –, in diesem Haus schon lange nicht mehr gehört.

Natürlich, Herr Kollege Mostofizadeh, kann man sich darüber beschweren, dass die Kollegen der CDU das nicht mit uns abgestimmt haben – mit der FDP im Übrigen auch nicht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir lachen uns tot!
– Gegenruf von Ministerpräsidentin Han-nelore Kraft: Ist doch so!)

Trotzdem teile ich in der Sache das Anliegen und das Ziel. Deswegen, glaube ich, sollten wir alle in der Lage sein und auch gut beraten sein, auch ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Welches Ziel denn?
Noch mehr Schulden zu machen?)

– Ach, Herr Kollege Sagel.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind doch die Steuersenker par excellence! Sie haben doch die Kassen kaputtgemacht!)

– Ich wäre gerne Steuersenker. Das ist überhaupt kein Problem. Ich bekenne mich nämlich auch zu diesem Ziel.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Pseudo-Steuersenker!)

Aber, meine Damen und Herren, wenn das denn so ist, dass wir erst einmal mit der Situation konfrontiert werden, dass für die Länder ohnehin eine Bundesregelung gilt, und wenn wir Länder aufgrund dieser mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP auf der Bundesebene zustande gekommenen Grundgesetzänderung, nämlich der Implementierung der Schuldenbremse ins Grundgesetz, damit umgehen wollen und müssen, dann ist es auch erforderlich, dass wir hier in unserer Landesverfassung die nicht mehr dazu passenden Kreditverfassungsregeln entsprechend anpassen.

Ich will ausdrücklich sagen: Ich bekenne mich zu dem Ziel, dass wir die Politik des Schuldenaufwuchses ändern müssen. Wir haben nämlich mit den alten, in den 60er-Jahren entwickelten Kreditverfassungsregeln ein Instrumentarium gehabt, das aus dem damals maßgeblichen keynesianischen Verständnis entstanden ist und das sich über die Jahre als weitestgehend untauglich erwiesen hat. Wir haben feststellen müssen, dass es nicht nur eine Ausnahme für Konjunkturinbrüche gewesen ist, sondern dass unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen, von wachsenden Steuereinnahmen trotzdem immer neue Schulden gemacht wurden.

Da ist sicher keiner ohne Schuld. Wenn man einmal in diesen Begriffen argumentieren wollte: Jede politische Farbe hat ihren Beitrag dazu geleistet.

Wir stehen heute vor der Situation – es ist ja gerade schon angesprochen worden –, dass wir, um tatsächlich zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen, einen Einsparungsbedarf von ungefähr 6 bis 7 Milliarden € pro Jahr haben. Da kann man sich noch streiten über ein paar Millionen, die vielleicht noch rauf- oder runterzuzählen sind, aber das ist etwa die Hausnummer.

Meine Damen und Herren, man kann sich jetzt natürlich lange darüber unterhalten, ob man an der einen Stellschraube oder anderen Stellschraube ansetzt. Ich bitte den Blick dafür zu öffnen, was passiert, wenn wir nicht umsteuern und nicht zu einer Selbstverpflichtung kommen. Auch eine Verfassungsregelung ist offensichtlich notwendig. Ich halte sie auch für sinnvoll, um eine zusätzliche Argumentationshilfe für diese Selbstverpflichtung hineinzubringen.

Wir müssen umsteuern, wir müssen mittelfristig auf die Aufnahme von neuen Schulden verzichten, wir müssen dazu kommen, dass wir tatsächlich im Regelfall ausgeglichene Haushalte haben, in denen sich die Ausgaben aus den Einnahmen decken lassen – einschließlich der Vorsorge, die zu Recht angesprochen ist, wo wir damals hier im Haus in großer Übereinstimmung zum Beispiel den Fonds für Pensionsverbindlichkeiten auf den Weg gebracht haben. Das war ja richtig und notwendig. Wir alle wissen, dass diese Pensionsverbindlichkeiten ein riesiger Stein sind, der über uns schwebt und herabzustürzen droht. Dass wir solche Vorsorgen dann

auch aus den laufenden Haushalten decken, gehört meines Erachtens in die Zielbeschreibung.

Aber wenn wir das nicht tun und nicht endlich damit anfangen – da bin ich auch wirklich zu jeder sinnvollen Kooperation bereit, wenn es diesem Ziel dient –, dann kommen wir in eine Situation, dass wir bis zum Jahr 2020 bei ungefähr 160 Milliarden € Schulden angelangt sind und aus dem laufenden Haushalt ungefähr 10 oder 11 Milliarden € Zinsen zahlen müssen, zugegebenermaßen kalkuliert auf einem ziemlich niedrigen Zinsniveau.

Meine Damen und Herren, spätestens dann befinden wir uns in einer völligen Ohnmacht. Denn das ist dann wirklich nicht mehr zu finanzieren, und damit führen wir nicht nur nachfolgende Haushaltsgesetzgeber, sondern auch nachfolgende Generationen in die Situation, dass sie keinerlei Gestaltungsspielräume mehr haben. Deswegen ist es zwingend erforderlich, richtig und wichtig, hier eine Umkehr zu schaffen.

Ich will nicht auf die zum Teil provozierenden und populistischen Vorwürfe und Anmerkungen der Kollegen eingehen. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass wir unsere Haushalts- und Finanzpolitik ändern müssen. Dafür werbe ich seit vielen Jahren. Wir haben auch in dieser Zielbeschreibung seit vielen Jahren ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben nichts dafür gemacht!)

– Herr Kollege, es würde mich sehr belasten, wenn ich mit Ihnen

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Fünf Jahre haben Sie Schulden auf Schulden angehäuft! Fünf Jahre lang!)

außer der Tatsache, dass wir beide der Gattung Mensch angehören, etwas gemeinsam hätte.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ein so unflätiges Benehmen, wie Sie es hier in diesem Hause an den Tag legen, ist wirklich kein beispielgebendes Verhalten, und ich möchte damit nichts gemein haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Kommen Sie mal zur Sache! Sie haben fünf Jahre Schulden angehäuft!)

Bei den Kollegen der anderen Fraktionen – manchmal auch bei den Kollegen aus Ihrer Fraktion – ist ja ein Bemühen um Sachlichkeit festzustellen. Auch ein Mindestmaß an Konsens der Demokraten ist in diesem Haus festzustellen.

Das gilt in Bezug auf die Zielbeschreibung, eine nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik zu gestalten, und im Hinblick darauf, das Schuldenverbot in unsere Verfassung aufzunehmen. Ich halte auch die Vorschläge, die hier von der CDU gemacht worden sind – ich meine die

Formulierung, die in der Tat das fortsetzt, was wir bereits im Jahre 2009 gemeinsam initiiert und auf den Weg gebracht haben –, für einen richtigen Schritt.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir es im Beratungsverfahren konkretisieren, weitere Diskussionen über Ausführungsbestimmungen führen und tatsächlich zu einer guten Regelung im Interesse einer nachhaltigen und generationengerechten Finanz- und Haushaltspolitik kommen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Abgeordneter Sagel nun auch offiziell das Wort.

(Heiterkeit)

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Danke, Herr Präsident. Meines Wissens sind Zwischenrufe in diesem Hohen Haus immer noch erlaubt.

„Willkommen in der Opposition!“, kann man an die Adresse von CDU und FDP gerichtet nur sagen. Jetzt wollen Sie nach fünf Jahren auf einmal die Schulden in Nordrhein-Westfalen begrenzen. Das ist angesichts der Haushaltspolitik der früheren Koalition aus CDU und FDP in den letzten fünf Jahren wirklich abenteuerlich.

Immerhin ein Jahr, nachdem ich selber hier einen Antrag gestellt habe, dass die Schuldenbremse nicht zum Tragen kommen soll, kommen Sie von der CDU mit einer Gesetzesinitiative um die Ecke. Von Ihrer Fraktion ist schon auf die von mir und meiner Fraktion Die Linke gestellte Kleine Anfrage hingewiesen worden. Über 20 Milliarden € Schuldendienst in den nächsten Jahren – das ist das Ergebnis, welches vor allem auf die fünf Jahre CDU/FDP-Regierung hier zurückzuführen ist.

(Zuruf von der CDU: Dummes Zeug!)

– Ja, offensichtlich machen auch Sie Zwischenrufe. Daran kann man sehen, wer sich hier wie verhält.

Man kann nur feststellen: Der selbsternannte „ehrliche Kaufmann“, Herr Dr. Linsen, der Finanzminister, mutierte in diesen fünf Jahren zum Rekordschuldenminister in Nordrhein-Westfalen. „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“ – das war es, was wir hier in den letzten Jahren erlebt haben.

Bekanntermaßen hat sich die damalige Große Koalition auf eine sogenannte Schuldenbremse geeinigt. Wir wissen, dass es diese auf europäischer Ebene schon lange gibt, nämlich seit 1999. Auf europäischer Ebene ist beim Bruttoinlandsprodukt ein Defizit von mehr als 3 % nicht erlaubt.

Wenn man sich die Situation hier in Nordrhein-Westfalen anguckt, muss man feststellen: Sie haben es geschafft – von den Kollegen ist dies teilweise schon gesagt worden –, die Gesamtverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen von 107 Milliarden € auf 130 Milliarden € hochzufahren. In der mittelfristigen Finanzplanung der alten Regierung aus CDU und FDP haben Sie deutlich gemacht, dass Sie die Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2013 auf 150 Milliarden € erhöhen wollten – bei einem Gesamtschuldendienst von jährlich über 6 Milliarden €. Das ist Ihre Bilanz, die Sie hier vorzuweisen haben. Das ist Ihre sogenannte Haushaltskonsolidierungspolitik.

Wenn Ihre Politik durchgeschlagen hätte, hätten Sie mehr als 40 Milliarden € an neuen Schulden gemacht; das wären mehr als 30 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen. Das hatten Sie hier in Nordrhein-Westfalen vor. Das ist Ihre reale Politik, und auch das muss man Ihnen einmal so deutlich sagen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Jetzt machen auch Sie Ihre Zwischenrufe, Frau Freimuth. So kennen wir Sie: Wenn Sie hier vorne stehen, reden Sie ganz anders, als wenn Sie in den Reihen sitzen.

Haben CDU und FDP etwas daraus gelernt? – Sie haben überhaupt nichts daraus gelernt. Sie haben auch nicht die Möglichkeiten genutzt. Sie hatten beispielsweise die Chance, mit uns neue Stellen für Steuerprüferinnen und Steuerprüfer zu beschließen. Seit wir hier im Parlament sind, machen wir an diesem Punkt Druck. Die 300 neuen Stellen haben Sie nicht unterstützt. Diese hätten natürlich dazu geführt, dass die Einnahmesituation hier in Nordrhein-Westfalen wesentlich besser geworden wäre – ganz zu schweigen davon, dass Sie das Land kaputtsparen wollen.

Sie verweigern sich allen Maßnahmen, mit denen man tatsächlich mehr Steuern einnehmen könnte. Sie verweigern sich einer Millionärsteuer. Sie wollen die Banker nach wie vor, auch nach dieser desaströsen Finanzkrise, mit Millionen-Boni nach Hause gehen lassen. Sie sind gegen eine höhere Erbschaftsteuer. Sie sind gegen eine höhere Spitzensteuer. Und Sie sind auch gegen eine Vermögenssteuer. All das wollen Sie nicht. All das sind Vorschläge, die wir als Linke hier seit Jahren unterbreiten. Langsam nähert sich zumindest die SPD – bei den Grünen sieht man es noch nicht so richtig; die eiern noch ein bisschen rum –, und man sieht, dass dort Initiativen entwickelt werden. Wir sind sehr gespannt, was diesbezüglich im Bundesrat geschieht. Bisher haben Sie hier im Landtag all unsere Vorschläge abgelehnt.

Wir können nur feststellen, dass die Politik, die Sie hier verfolgt haben, völlig verfehlt war. Wir brauchen

Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen eine nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Es ist wichtig, in Bildung und Schulen zu investieren. Es ist wichtig, dass wir das Land Nordrhein-Westfalen voranbringen. Das ist bei Ihnen von CDU und FDP aber nicht zu erkennen. Sie wollen, nachdem Sie nun in der Opposition angekommen sind, auf einmal eine ganz andere Politik als die machen, die Sie jahrelang gemacht haben. Bisher haben Sie die Schulden in die Höhe getrieben, aber auf einmal reden Sie ganz anders daher, als es bisher in der Realität stattgefunden hat.

Das ist mal wieder ein Showantrag, eine Showgesetzesinitiative, die Sie hier machen. Das hat mir konkreter Politik und dem, was Sie hier in den letzten Jahren gemacht haben, wirklich nichts, aber auch gar nichts zu tun. Es ist desaströs, wie Sie dieses Land in die Verschuldung geführt haben. Das ist mein Fazit, das ich an dieser Stelle nur ziehen kann. Das ist die Realität Ihrer Politik hier in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe mal von dem für Sie offenbar notwendigen Geplänkel ab, Herr Sieveke, das Sie an den Anfang Ihrer Ausführungen gesetzt haben. Wenn man sich mit dem Kern dessen beschäftigt, was Sie danach gesagt haben – das gilt auch für Sie, Frau Freimuth –, dann kann man eine ganz wichtige Aussage erkennen, die wir uns zu Herzen nehmen sollten, nämlich dass das, was hier heute besprochen wird, eine breite, parteiübergreifende Diskussion braucht.

Wir können unsere Holzschnitte von gestern wiederholen oder es auch sein lassen: Dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu hoch ist und wir dafür sorgen müssen, dass sie heruntergeht, das ist, glaube ich, unbestritten. Wir wissen, dass die damit verbundenen Zinsen die Handlungsspielräume der Regierungen einschränken. Wir wissen, dass die Zinssätze Unsicherheiten erzeugen. Im Moment haben wir eine Situation, in der die Zinssätze außergewöhnlich niedrig sind, wodurch die Zinsbelastung – auch angesichts des hohen Schuldenstandes – „erträglich“ ist. Das war auch schon ganz anders. Wir hatten schon höhere Zinsen für deutlich geringere Schuldenstände zu zahlen.

Wir wissen, dass das verteilungsproblematisch ist. Wir wissen auch, dass die Höhe der Verschuldung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Kraft einer Region, eines Landes, eines Staates das Vertrauen

der Anlieger beeinflusst. Die Frage ist dann, welche Konditionen für Kredite gewährt werden.

Der Kern dessen, was hier heute gesagt worden ist, war die Feststellung, dass keine Partei, keine Regierung Verschuldung in den Griff bekommt, wenn sie nicht per Gesetz daran gehindert wird, Schulden zu machen. – Herr Sieveke, im Prinzip haben Sie etwas gesagt, was Sie anschließend in Verbindung mit meiner Person gegeißelt haben, nämlich die „Selbstentmündigung“. Sie haben es „Selbstreglement“ oder „Selbstbeschränkung“ genannt.

Tatsache ist doch, dass wir immer in einem Dilemma stehen: Auf der einen Seite sind wir mit mehr oder weniger begründeten hohen Erwartungen konfrontiert, auf der anderen Seite müssen wir dafür eine Finanzierung finden. Man weiß, man muss sich dafür ein Reglement geben, wie man damit umgeht.

Es ist in der Diskussion über die Schuldenbremse sehr umstritten gewesen – ich zähle mich dazu –, ob der absolute Schuldenstopp, ob ein Deckel auf jegliche Form von Verschuldung richtig ist, um später Infrastruktur, staatliches Leistungsangebot auszuweiten, so wie das in den letzten Jahrzehnten entstanden ist und wie es auch Grundlage für eine explosive Ausdehnung und Entwicklung der privaten Vermögen war. Das hat viel damit zu tun gehabt, dass es dafür eine staatliche Infrastruktur gegeben hat. Die wäre ohne Kreditaufnahme nicht zu finanzieren gewesen.

Die Feststellung, dass es keiner Partei und keiner Regierung gelingt, ohne einen Rahmen klarzukommen, ist sehr wahr, Herr Sieveke. Ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach gesagt, ich wiederhole es noch einmal: Die abgelöste Regierung hatte für kein Jahr der nächsten Legislaturperiode einen Plan, wie die alte Verschuldungsgrenze hätte eingehalten werden können. Es gab vielmehr eine stabile Finanzplanung mit 6,5 Milliarden € Nettokreditaufnahme. Ich weiß, jetzt wird gleich kommen: Wir haben aber doch Steuermehreinnahmen! – Das stimmt. Aber die Steuermindereinnahmen, die vorher geschätzt worden sind, haben in keiner der Berechnungen Platz gefunden. Und die Steuermehreinnahmen rechnet man gegenüber den vorher geschätzten Werten und nicht gegenüber dem, was man selber in der Schublade geplant hatte. Wenn wir das gegeneinander aufrechnen, dann kommen wir hoffentlich dazu, dass die Steuermehreinnahmen die ursprünglich befürchteten Steuermindereinnahmen sogar etwas übertreffen. Viel Änderung wird das aber nicht bedeuten.

Außerdem kommen jedes Jahr weitere Lasten hinzu. Auch die waren so nicht berücksichtigt. Das fängt an bei Versorgungsaufwendungen und geht bis hin zu Tarifentwicklungen, die natürlich erst recht dann, wenn es wieder Steuermehreinnahmen gibt, höher ausfallen. Ich will jetzt keinem Tarifabschluss vorweggreifen, ich kann nur eines sagen: Alleine in diesem Bereich – Versorgungsaufwen-

dungen und Tarifabschluss kombiniert – wird locker 1 Milliarde € stecken. Die war in dieser Form in der mittelfristigen Finanzplanung überhaupt nicht vorhanden.

Aus diesem Grunde kann ich nur sagen: Wenn Sie sich aufschwingen als diejenigen, die eine solide kaufmännische Haltung für den Landeshaushalt eingenommen haben, ist das nicht glaubwürdig. Es ist auch nicht glaubwürdig, wenn Sie immer wieder mit einem Gesetzentwurf kommen und sagen: Das schreiben wir jetzt in die Verfassung, dann bekommen wir das alles schon hin.

Wie die Staatsverschuldung reduziert werden kann, dafür hat es in den vergangenen Jahren meistens aus dem Lager derer Vorschläge gegeben, die darunter nur eines verstanden haben: Abbau der Staatsquote, Abbau der staatlichen Leistungen, Ausgabensenkungen – immer verbunden mit der Privatisierung von Sicherungssystemen, von Infrastruktur und von Bildung. Die permanente Regierungskrise in Berlin, die wir im Moment erleben, ist der beste Beleg dafür. Was da vorgeschlagen wird, das ist am Ende eine Ausgabensenkung. Die Etatansätze für die Schwächsten werden gesenkt.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Wenn im Bund auf der Einnahmenseite erhöht wird, dann so, dass andere, nämlich die Länder und die Kommunen, am Ende den Kürzeren ziehen, weil das, was erhöht wird, von der Steuer absetzbar ist und damit die Einnahmen der Länder und Gemeinden senkt.

Wir haben obendrauf völlig ohne jeden Sinn eine ständige Steuersenkungsdebatte. Ich möchte mal wissen, wie Steuersenkungen dazu führen können, auf Bundesebene eine Schuldenbremse einzuführen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Es sind ja schon in den vergangenen Jahren Senkungen vorgenommen worden, sodass genau der Beitrag zur Senkung der strukturellen Verschuldung des Bundes nicht geleistet werden konnte. Zum Schluss ging es sowohl hier im Land als auch auf der Bundesebene immer nur um Verschieben und Verstecken, und am Ende dieser Nahrungskette standen regelmäßig die Kommunen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

Wenn ich dann vor diesem Hintergrund in dem Antrag, den Sie vorlegen, nachdem Sie Ihre Ideen skizziert haben, schreiben: „Alternativen: Keine“, „Finanzielle Auswirkungen: Keine“, „Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände: Keine“, „Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte: Keine“, dann ist das doch der Versuch, mit geschlossenen Augen loszulaufen und zu glauben, nur, weil man die Augen zumacht,

gebe es kein Hindernis mehr, vor das man laufen könnte. Das ist nicht Selbstentmündigung, das ist Selbstbetrug.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Blinde Kuh!)

Die Landesregierung – das habe ich an dieser Stelle jetzt mehrfach gesagt – bekennt sich zu einer nachhaltigen Finanz- und Kreditpolitik des Staates, und diese Nachhaltigkeit – das ist heute schon häufiger gesagt worden – hat zwei Seiten. Die hat auf der einen Seite den Ansatz, dem wir uns zu Recht stellen müssen, nämlich: Wie kommen wir von einer zu hohen Kreditaufnahme herunter? Ich sage es noch einmal: Wir haben in den Haushalten, die wir zurzeit diskutieren, eine Kreditaufnahme, die in einer Größenordnung von 15 % des Haushaltsvolumens liegt – im Übrigen so, wie auf Bundesebene auch. Da wird die ursprünglich viel größere Kreditquote und die Senkung auf die Größenordnung, die wir auch haben, jetzt als der große Erfolg gefeiert. Davon müssen wir trotzdem herunter. Darauf kann man sich alles andere als ausruhen.

Wir sagen aber auch, dass sich nur Reiche einen armen Staat leisten können und dass Schuldensenkung allein über Ausgabensenkung nicht funktioniert.

Die Diskussion darüber – da bin ich sicher – wird auch noch weitergehen. Ich kann immer wieder nur sagen: Es ist unehrlich, wenn man sich ständig Rahmen setzt, wenn man mit diesen Rahmen werbend durch die Gegend läuft und die vielen Debatten, die in den Hinterzimmern stattfinden, einfach verschweigt, in denen man immer wieder Kollegen unterschiedlichster Parteien trifft, die fragen: Wie wollen wir diesen Weg dahin überhaupt beschreiten?

Jetzt schauen wir uns an, was die anderen Länder gemacht haben. Da haben wir zum Beispiel das Land Schleswig-Holstein. Die haben praktisch auf dem Weg zur Erreichung der Schuldenbremse das, was sie vorher an eigenen gesetzlichen Grundlagen hatten, abgeschafft. Das heißt, die können erst einmal bis 2020 ihren Weg beschreiten und können sagen: Jetzt werde ich auf dem Weg dahin in der Übergangsphase durch meine eigenen landesgesetzlichen Regelungen nicht mehr behindert.

Nach meinem Kenntnisstand ist es hochgradig problematisch, auch grundgesetzlich, ob eine solche Art, sich vorher die Riemen wegzunehmen, um anschließend zuzusehen, dass ich dann hinten passend auskomme, geht oder nicht.

Wenn ich mir nach vielen Gesprächen, die ich mit meinem rheinland-pfälzischen Kollegen Carsten Kühl über dieses Thema geführt habe, ansehe, wie es in Rheinland-Pfalz ist, dann muss ich sagen: Die haben eine Regel – absolut verständlich –, eine Strukturkomponente, eingeführt und sich gesagt:

Wir gehen auf die Schuldenbremse zu, aber wenn der Bund Regeln erlässt, die uns als Land belasten und dafür nicht zahlt, keine Konnexität berücksichtigt, dann haben wir Möglichkeit, das zumindest mit Krediten abzudecken.

Auch das ist ein Problem, bei dem Verfassungsrechtler wieder sagen: Das ist ja schön und gut, das ist auch sehr plausibel; das ist jedoch nicht zulässig.

Das heißt also: Diesen Versuch, sich jetzt ein Stück zu befreien, könnte man natürlich für Nordrhein-Westfalen auch überlegen. Man könnte sich überlegen, ob man nicht die Kreditverfassungsgrenze, die wir jetzt haben, auf dem Weg nach 2020 aussetzt, um dann eine Konsolidierung im Rahmen der Schuldenbremse hinzubekommen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

Denn die sagt ja, dass wir eben diesen Übergangszeitraum bis 2020 haben, dass man allerdings zurzeit im Rahmen der landesgesetzlich geltenden Regelungen in dieser Übergangsphase dahin kommen muss. Das ist in der Tat ein Dilemma. Ich finde, deswegen gibt es genügend Anlass, parteiübergreifend darüber zu reden, einmal darüber nachzudenken, wie wirklich dieses ganze Konstrukt gedacht ist. Denn auch das muss man immer wieder im Kopf haben.

Wir haben 2009 eine gemeinsame Haltung gefunden: Ja zur Schuldenbremse. Beim Ziel gab es Übereinstimmung. Wenn man sich die Motive dahinter ansieht, dann erkennt man, dass diejenigen, die es unterstützt haben, von unterschiedlichen Positionen aus in diese Richtung geleitet worden sind. Die einen sind hingegangen und haben gesagt: Das machen wir mit Leistungsverzicht, einem schwachen Staat und Privatisierung. Und die anderen haben gesagt: Unsere Idee ist, die Schuldenbremse ist jetzt der Auftakt für einen leistungsfähigen Staat mit einer soliden Steuerfinanzierung auf der anderen Seite.

Das heißt, die Motive, die dahinterstanden, die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen, waren durchaus unterschiedlich. Das führt ja zu dem großen Diskussionsbedarf, wenn es darum geht, das, was man gemeinsam in das Grundgesetz geschrieben hat, auch umzusetzen.

Deswegen werbe ich sehr dafür, dass man diese Debatte einmal wirklich nicht in dieser Art führt, nach draußen das möglichst beste Bild abzugeben. Die Menschen glauben schon lange nicht mehr, dass einer sagt, ich mache ein Gesetz, und dann sind die Schulden weg. Sie möchten dagegen sehen, dass wir uns ernsthaft mit der Frage beschäftigen, wie man Einnahmen, die zurzeit strukturell auf allen staatlichen Ebenen unter den Ausgaben liegen, in den Griff bekommt und wie man dann ein Verfahren findet, auch Härten darzustellen, aber so, dass man einen sozial ausgeglichenen Haushalt und Nachhaltigkeit nicht nur im Sinne der Zinsen,

sondern auch der Bildungsausgaben, der Bildungszinsen, der Wissenszinsen, der Sozial- und Stabilitätszinsen, gemeinsam hinbekommt.

Ich glaube, dazu wäre jeder bereit. Aber das geht nicht, indem einfach ein Auftrag erteilt wird, indem ein Antrag zu einer Verfassungsänderung in den Landtag eingebracht wird. Aus diesem Grunde bin ich in diesem Punkt kritisch, aber für eine Debatte darüber stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, selbstverständlich sind wir zu einer Debatte jederzeit bereit, wir freuen uns sogar darauf. Es muss nur eines sichergestellt sein: dass wir am Ende tatsächlich alle eine wirksame Schuldenbremse wollen.

Ich muss ehrlich sagen, ich habe aus den Ausführungen der Vertreter der Minderheitskoalition und auch von Ihnen den Eindruck gewonnen: Im Augenblick suchen Sie eigentlich eine Schuldenbremse ohne Bremse. Das wird man so nicht machen können.

Kollege Bovermann hat versucht, den Begriff der Schuldenbremse in einen historischen Rahmen einzuordnen. Ich möchte das Gleiche mit einer sachlichen Auseinandersetzung versuchen.

Meine Damen und Herren, Grundlage für einen leistungs- und handlungsfähigen Staat ist selbstverständlich eine ausreichende Finanzausstattung, die nur durch solide Haushalts- und Finanzpolitik garantiert werden kann.

Herr Minister, der solide wirtschaftende Staat sorgt für seine finanziellen Grundlagen zum einen durch eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik – hier ist in der Koalition sicherlich noch einiges nachzubessern –, die kräftig und kontinuierlich fließende Einnahmen garantiert.

Andererseits erfüllt dieser solide Staat Aufgaben nur in dem Maße, in dem die Einnahmen das erlauben. Er achtet gleichzeitig darauf, dass der Verwaltungsapparat nur den Umfang besitzt, der in Anbetracht der zu erledigenden Aufgaben zwingend notwendig ist. Herr Mostofizadeh, ich muss mich schon wundern, was Sie zur Personalpolitik gesagt haben. Ich entsinne mich noch an Ihre Finanzkommission; ich glaube, da waren Sie noch Mitarbeiter der grünen Fraktion. Deren zentrale Forderung war es doch, 20.000 Stellen zusätzlich zu denjenigen abzubauen,

die wir schon abbauen wollten. – Also, es hat sich doch so manches geändert.

Ich muss ganz klar sagen: Den Pfad einer soliden Finanzpolitik, wie ich ihn eben skizziert habe, hat Nordrhein-Westfalen in den 39 Jahren sozialdemokratisch geführter Landesregierungen immer weiter verlassen. Während die Wirtschaftskraft des Landes in Relation zu anderen Ländern stetig absank, wurde gleichzeitig die Bürokratie ebenso aufgebläht wie das Ausgabevolumen.

Die Folge war dramatisch: Während die alten Bundesländer ihr Bruttoinlandsprodukt zwischen 1970 und 2000 um durchschnittlich 90 % steigern konnten, betrug der Zuwachs in Nordrhein-Westfalen lediglich 60 %. Die Folge davon war wiederum, dass der nordrhein-westfälische Anteil am Bruttoinlandsprodukt und auch an den Steuereinnahmen kontinuierlich sank, nämlich von 29 % auf heute weniger als 23 %.

Hätte Nordrhein-Westfalen seinen Anteil im Konzert der Länder wenigstens konstant gehalten, lägen die Steuereinnahmen allein für das Land heute um rund 15 Milliarden € höher, Herr Minister. Auch die Kommunen bräuchten sich um ihre Finanzausstattung keine Sorgen zu machen.

Sie müssen sich in der Koalition gut überlegen, wie Sie sich zum Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stellen. Es ist schon richtig: Man kann einen Haushalt nicht nur durch Sparen sanieren. Es muss auch auf der Einnahmeseite etwas erfolgen – aber durch Wachstum, sprich: durch mehr Steuern, aber nicht höhere Steuern.

(Beifall von der CDU)

Im Bund, in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz und in Hessen sind Sozialdemokraten in der Wirklichkeit angekommen und den von uns vorgeschlagenen Weg mitgegangen. Mecklenburg-Vorpommern wird sich anschließen; das steht jetzt bereits ziemlich fest. Nur Sie in Nordrhein-Westfalen haben ständig neuen Diskussionsbedarf. Sie verweisen auf fehlende Ausführungsgesetze. Sie bedauern mangelnde Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht ist das alles Blödsinn, denn: Erst muss die Verfassung geändert worden sein, dann können Ausführungsgesetze folgen. Im Bund und in den übrigen Ländern ist genau so verfahren worden. Nur Sie weigern sich ständig, erst einmal die Verfassung zu ändern und dann die Ausführungsgesetze zu machen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie können uns nicht die Schuld an einer angeblich fehlenden Abstimmung geben. Alle Argumente sind längst ausgetauscht. Wir wollen nichts anderes als Ihre Parteifreunde in Hessen oder in anderen Ländern. Ihre Meckerei hat einen einzigen Grund: Sie

suchen – ich habe es vorhin schon gesagt – nach einer Schuldenbremse ohne Bremse.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das wird Ihnen nicht gelingen. Bis zum Ende Ihrer Finanzplanung übersteigen in Nordrhein-Westfalen die Ausgaben die Einnahmen jährlich um mehr als 6 Milliarden €. Das zu beenden, ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Eine Gesellschaft, die ständig über ihre Verhältnisse lebt, wird niemals zukunftsfähig sein.

Meine Damen und Herren, nach dem Krieg, in den Jahren der Not, des Elends und des Wiederaufbaus, ist Nordrhein-Westfalen praktisch ohne Schulden ausgekommen. Die Verschuldung begann erst mit der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten. Frau Kraft fällt jetzt mit der sonnigen Begründung in alte Muster zurück: Wir halten das für richtig.

Auf diesem Weg wird Nordrhein-Westfalen für alle Zukunft zum Empfängerland im Finanzausgleich. Stellen Sie sich doch einmal die Frage, ob wir unter diesen Voraussetzungen soziale Standards einführen dürfen, die sich die Geberländer aus Spargründen nicht leisten können. Vielleicht hilft Ihnen die alte Volksweisheit bei der Beantwortung der Frage: Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu.

Wenn Sie die Vorgaben der Schuldenbremse ernst nehmen würden, müssten Sie, bezogen auf Ihren Nachtrag, Herr Minister, ab sofort jährlich 840 Millionen € einsparen, um 2020 einen strukturell ausgeglicheneren Haushalt zu erreichen. Wegen der inneren Dynamik des Haushalts – Sie haben selbst davon gesprochen –, also Personalkosten-, Sachkosten- und Zinsanstiege, die die Hartmann-Kommission seinerzeit schon mit 1,3 Milliarden €, also noch höher als Sie, beziffert hat, ist das schon schwer genug. Ihr Politikentwurf benötigt aber 1 Milliarde € zusätzlich für soziale Wohltaten; 1 Milliarde, die Sie nicht haben. Ich kann nur sagen, Frau Ministerpräsidentin: Dieser Politikentwurf ist gescheitert.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie können nicht länger Wohltaten auf Pump verteilen. Je eher Sie das erkennen, desto besser für unser Land. Nehmen Sie den Nachhaltigkeitsbericht, der Ihnen vorliegt, ernst. Ab sofort müssen unsere Ausgaben geringer wachsen als die Einnahmen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Hören Sie auf den Landesrechnungshof. Denken Sie daran: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen. Wir brauchen jetzt eine Schuldenbremse und nicht erst 2020. Dann liegt das Kind schon im Brunnen. – Schönen Dank fürs Zuhören. Auf die Diskussion mit Ihnen freue ich mich ausgesprochen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die in überkommene Reime gegossenen Spruchweisheiten, die Kollege Weisbrich uns gerade zugemutet hat, sind so wenig zielführend, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Ihre Versuche, jetzt zum Beispiel die Tatsache, dass wir Empfängerland im Bund-Länder-Finanzausgleich geworden sind, der aktuellen Landesregierung in die Schuhe zu schieben. Herr Weisbrich, das ist wirklich nahe an der Grenze zu „richtig dreist“. Es ist das Ergebnis Ihrer fünfjährigen Regierungszeit, dass Nordrhein-Westfalen auch im Verhältnis zu anderen heutzutage schlechter da steht als früher. – Das ist der erste Punkt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Sie haben in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung an keiner Stelle auch nur annähernd Anhaltspunkte dafür geliefert, wie Sie es schaffen wollen, die von Ihnen jetzt wieder zusätzlich auch für die Landesverfassung geforderte Schuldenbremse überhaupt einzuhalten. Sie diskutieren hier über Grundsätze und hinterlassen uns den höchsten Schuldenstand in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Dann wird an uns appelliert: Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Regierungskoalition, machen Sie doch bitte mit. – Dabei sind Sie so mutig – oder soll ich wieder „dreist“ sagen? –, dass Sie uns noch nicht einmal eine Ahnung davon vermitteln, in welchen Bereichen Sie denn vorhaben, richtig auf die Bremse zu treten.

Ich kann nur Folgendes sagen: Es gibt eine Reihe von Bedingungen – sie sind eben von mehreren Rednern zutreffend wiedergegeben worden –, die wir an eine solche Veranstaltung stellen.

Wir sind für nachhaltige Finanzpolitik. Das darf aber – dies ist für mich der wichtigste Punkt – nicht zulasten Dritter passieren. Wir müssen uns gemeinsam darüber unterhalten – und zwar in vernünftigem Austausch; deshalb bin ich froh darüber, dass wir in den Ausschüssen die Gelegenheit zur grundsätzlichen Diskussion haben werden –, wie diejenigen, die Eingriffe in ihre Finanzhoheit am wenigsten gebrauchen können, nämlich unsere Kommunen, wirkungsvoll davor geschützt sind, dass sie nachher sozusagen zu Zwangsbürgern für das Erreichen des Ziels der Schuldenbremse werden. Darüber würde ich gerne mit Ihnen diskutieren.

Ich will auch die einseitige Verengung auf den Sozialbereich, die gerade bei den Ausführungen des Kollegen Weisbrich wieder zum Ausdruck gekommen ist, bei Möglichkeiten für Sparpotenziale hier noch einmal ganz deutlich negieren. Bezogen auf die Zukunft ist es fahrlässig, wenn man meint, man könne heute an notwendigen sozialen Ausgaben

sparen. Auch mit fiskalischer Nachhaltigkeit verträgt sich das in keiner Beziehung.

Trotzdem halte ich es für der Mühe wert – das haben alle Redner der Koalition bisher unterstrichen –, dass wir uns in den Ausschüssen darum bemühen, gemeinsam Regeln für nachhaltiges Finanzverhalten in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Dort müssen Sie aber mehr als hohles Stroh dreschen, sondern auch „Butter bei die Fische“ tun und sagen, an welcher Stelle Sie entsprechende Möglichkeiten sehen, meine Damen und Herren. Ansonsten müssen Sie sich leider den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie hier eine ganz rüde Show abziehen und in der Sache nichts erreichen wollen. – Danke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Priggen das Wort.

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Nein. Die Redezeit ist auch erschöpft. – Dann liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Orth vor. Bitte schön.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Walter-Borjans, es ist schon erstaunlich, dass Sie einerseits sagen, die Zinsen seien das Problem, und andererseits für Eventualverbindlichkeiten der WestLB in diesem Jahr jetzt schon Zinsen ausgeben wollen. Daran zeigt sich einmal mehr, dass Sie sich nicht ganz konsequent verhalten.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Konsequent verhält sich die SPD allerdings in einem anderen Punkt. Das ist auch sehr erstaunlich. Im Bund hat man nämlich der Schuldenbremse zugestimmt und die Verfassung geändert. In Nordrhein-Westfalen hat man hingegen sowohl vor der Landtagswahl als auch nach der Landtagswahl zu erkennen gegeben, dass man diese Schuldenbremse eigentlich gar nicht will.

Meine Damen und Herren, warum tun Sie das? – Das sieht man am Nachtragshaushalt. Sie wollen in Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen hemmungslos Schulden machen. Das ist sehr bedauerlich.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Dann sagen Sie immer, es gebe nur die beiden Möglichkeiten, einzusparen oder Steuern zu erhöhen. – Es gibt auch eine dritte Option, die gerade in Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist. Man kann nämlich auch eine industriefreundliche, auf Wachstum ausgerichtete Politik betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie sich das vornähmen, könnten Sie hier auch entsprechend positive Beiträge zum Haushalt generieren.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist leider beendet.

Dr. Robert Orth (FDP): Im Übrigen kann ich leider nicht länger sprechen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Orth. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Abgeordneter Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Niemand kann sich gegen das Ziel „ausgeglichene Haushalte“ aussprechen. Wer aber die öffentliche Hand nicht ausbluten lassen will und die Lage der normalen und der einkommensschwachen Menschen nicht weiter verschlechtern, sondern vielmehr verbessern will, der muss die Einnahmen der öffentlichen Hand steigern.

Dafür braucht man Geld. Woher nehmen? – Man muss das Geld da holen, wo es ist.

(Beifall von der LINKEN)

Dafür brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik. Die Ideen dafür finden Sie in unseren Wahlprogrammen.

Das geht letztlich aber nur auf Bundesebene. Solange auf Bundesebene Steuerpolitik im Interesse der Reichen, der Superreichen, der Großkonzerne und der Geschäftsbanken gemacht wird, bedeutet der Verzicht auf Einnahmen aus Krediten auf Landesebene ganz konkret weniger Geld für die Kommunen, weniger Geld für die Betreuung der unter Dreijährigen, weniger Geld für sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen; das bedeutet Arbeitsplatzabbau und Verscherbeln öffentlichen Eigentums. Das machen wir Linken nicht mit.

(Beifall von der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien, ich hoffe, dass Sie das auch nicht mitmachen.

Ich weiß wohl, dass die SPD im Bund und auf Landesebene in Hessen mit dafür gesorgt hat, die sogenannte Schuldenbremse mit Verfassungsrang auszustatten.

Es gibt jetzt auch einige Vorschläge von Herrn Finanzminister Walter-Borjans, die ich nicht uninter-

essant finde. Darüber können Sie mit uns sprechen.

Nicht sprechen können Sie mit uns aber über das, was Sie in der „Rheinischen Post“ ankündigen. Dort haben Sie nämlich erklärt, dass man auch darüber nachdenken müsse, sich von Landesbeteiligungen zu trennen. Das ist mit uns nicht zu verhandeln.

(Beifall von der LINKEN – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Über Aufgaben, nicht über Landesbeteiligung!)

– Ja, über Aufgaben. Dann muss man aber auch über die Eigentumsfrage reden. Aber gut; wenn das jetzt nicht so gemeint war ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie müssen lesen können! Dort steht „Aufgaben“ und nicht „Landesbeteiligung“!)

– Ich kann schon lesen. Die Frage ist aber, wie Sie das politisch gemeint haben.

Ich hoffe, die SPD in Nordrhein-Westfalen beginnt eine andere Handschrift zu schreiben als die SPD anderer Bundesländer. Das wäre im Übrigen keine Schande. Wir NRW-Linken kennen das gut. Schließlich sagen wir auch nicht Ja und Amen zu allem, was Die Linke in anderen Bundesländern macht.

Die sogenannte Schuldenbremse droht schon nach jetziger Gesetzeslage jede NRW-Landesregierung zu verpflichten, in den nächsten Jahren eine unsoziale und unverantwortliche Politik zu machen. Deshalb sagen wir:

(Dr. Robert Orth [FDP]: Schulden sind unser Ziel!)

Sie müssen vor Gericht ziehen und gegen die Unterfinanzierung der Länder klagen. – Unser Fraktionsvorsitzender Wolfgang Zimmermann hat Sie dazu schon gestern nachdrücklich aufgefordert. Ansonsten bleibt die Aufgabe, die Menschen aufzuklären und für eine sozial gerechte Steuerpolitik zu mobilisieren. Hierfür gilt es, in der Gesellschaft Mehrheiten zu erkämpfen. – Vielen Dank!

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung hat der Finanzminister das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur ein paar kleine, ergänzende Anmerkungen machen, vor allen Dingen mit Blick auf Ihren Beitrag, Herr Orth: „Zinsen sind das Problem“, habe ich gesagt. Das stimmt: Wenn die Zinsen zu hoch sind, engen sie uns an anderer Stelle in unseren Handlungsspielräumen ein. Ich habe aber auch deutlich gesagt, dass wir im Augenblick ein ungewöhnlich

niedriges Zinsniveau haben, demgegenüber aber auch Zinsrisiken.

Wir haben gesagt, dass wir es auch für ein Gebot der Wirtschaftlichkeit halten, einen Haushalt kalkulierbar zu machen und für Risiken Vorsorge zu treffen, für die Sie im Übrigen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen und Einzahlungen vorgenommen haben. Das geschah in dem Wissen, es nicht im selben Jahr auszugeben.

(Lebhafter Wortwechsel zwischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Abgeordneten der FDP)

Eigentlich müsste man es als Neuschöpfung in den Duden bringen: Haushaltsüberschüsse sind für Sie auch dann gegeben, wenn Schulden gemacht werden, die ein bisschen geringer ausfallen, als Sie machen zu müssen geglaubt haben. Diese „Überschüsse“ halten Sie dann für angespart und meinen, das Geld ausgeben zu können.

Wachstumspolitik ist das Beste. An der Stelle zeigt sich im Übrigen, was hinter den beiden Vorstellungen von Schuldenbremse gestanden hat, auf die man sich geeinigt hat. Sie bleiben dabei: Wenn man ausbildet, Talente mobilisiert und damit die Grundlage für Wirtschaftswachstum von Morgen schafft, ist das Romantik. Damit bräuchte man gar nicht anzukommen. Aber die Leier, man müsste nur die Steuern senken, dann würde die Wirtschaft wachsen, alle wären motiviert, hat nie funktioniert. In allen Staaten, in denen das so gemacht worden ist, hat das in eine extreme Staatsverschuldung geführt. Die USA sind ein wunderschönes Beispiel dafür.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Finanzminister, Ihre Redezeit ist offiziell beendet.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Okay. – Man kann wunderbar zeigen, dass das nie funktioniert hat. Sollte es funktionieren, kann ich Ihnen voraussagen, was dann passiert: Sie stehen auf der Matte und sagen, die Steuern steigen, sie müssen gesenkt werden. Die Mittel werden doch dann nicht in Bildung investiert, sondern Sie werden als Nächstes fordern: Unsere Wirtschaft zahlt zu viel Steuern. Die Steuern müssen runter.

Der abgewählte Ministerpräsident hat in der vergangenen Legislaturperiode selbst verkündet, wir benötigten kontinuierlich 3 % Wachstum, um den Weg zur Schuldenbremse überhaupt beschreiten zu können. Das zeigt doch, wie vieler Diskussionen es noch darüber bedarf, wie man sich der ganzen Sachen nähert.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Finanzminister, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schemmer zulassen?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Geht das von der Redezeit ab, die ich nicht mehr habe?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Die Landesregierung kann überziehen.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Lassen Sie mich vielleicht gerade noch den einen Gedanken zu Ende führen. Ich will eine Botschaft loswerden, die ich in der ganzen Debatte in der deutschen Öffentlichkeit und auch über die Grenzen unseres Landes hinweg für wichtig halte. Im Moment schwingen sich die Geberländer im Länderfinanzausgleich auf und drohen unverhohlen denen, die nehmen. Das sage ich als Vertreter eines Landes, das in etwa in der Mitte zwischen Geben und Nehmen liegt. Wir sind – wenn wir Nehmerland sind – in relativ überschaubarem Maße Nehmerland und – wenn wir Geberland sind – in überschaubarem Maß Geberland. Wir sagen das also aus einer ziemlich neutralen Warte heraus.

Es wird den Nehmerländern gedroht mit dem Argument: Vor allen Dingen wenn Nordrhein-Westfalen Ausgaben tätigt, geht das zu unseren Lasten. – Das ist Verhöhnepipelung der Menschen im Land. Denn das, was wir tun, dient der Stärkung der Wirtschaftskraft und Einnahmekraft des Landes von morgen. Nur die Einnahmekraft ist Grundlage für den Länderfinanzausgleich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es geht um die Frage: Wie viel Steuern pro Kopf der Bevölkerung nehmen die einzelnen Bundesländer ein? Daraus wird ein Bundesdurchschnitt gebildet. Wenn man darüber liegt, hat man etwas abzuführen. Wenn man darunter liegt, hat man Anrecht auf einen Teil aus dieser Kasse. Es geht nur um die Einnahmen und hat nichts damit zu tun, welchen Weg die einzelnen Länder in ihrer Souveränität suchen, um genau diese Position für die Zukunft zu verbessern. Wir haben dazu unsere Konzepte vorgelegt. Das, was wir machen, hat mit einer Auswirkung auf das, was Bayern oder Baden-Württemberg oder wer auch immer zu zahlen hat, überhaupt nichts zu tun.

Da Nordrhein-Westfalen mit 20 % der Bevölkerung immer nahe am Durchschnitt ist, liegen wir in der Summe in der „toten Zone“. Wir sind die Nummer fünf unter den Ländern. Der ganze Rest dahinter ist einnahmefähig und gehört zu den Nehmerländern, aber nur aus den genannten Gründen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Die Zwischenfrage hat sich erledigt, Herr Abgeordneter Schemmer. – Meine sehr verehrten Da-

men und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit überschritten. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Herr Abgeordneter Weisbrich, bitte schön.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar, dass Sie Ihre Redezeit überschritten haben und ich noch einmal auf etwas antworten kann.

Sie haben die Behauptung aufgestellt, zu Zeiten der CDU/FDP-Regierung habe das mit der Verschuldungsproblematik auch nicht geklappt. Finanzminister Linssen habe stabil mit einer Zusatzverschuldung von 6,5 Milliarden € kalkuliert habe.

Nehmen Sie zunächst einmal bitte zur Kenntnis: In der Zeit von 2006 bis 2008 einschließlich hat es wunderbar geklappt. Es war seit 1973 das erste Mal in der Landesgeschichte ein Zeitpunkt erreicht, an dem die Gesamteinnahmen des Landes über den Ausgaben lagen. Das können Sie drehen und wenden wie Sie wollen.

Ein Teil ist in Rücklagen geflossen. Lasse ich aber einmal die Rücklagen außer Acht und schaue mir den originären Haushalt an, haben wir 200 Millionen € mehr eingenommen als ausgegeben. Die Verschuldung von etwas über 1 Milliarde € ist nur durch Rücklagenbildung im Bereich der Pensionsrückstellungen, die Ihre Partei nie vorgenommen hat, sowie im Bereich der Rückstellungen für die Westdeutsche Landesbank zustande gekommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn wir in einer Krise, in der es Backsteine regnet und wir mit der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Menschengedenken zu tun haben, nach oben gehen, können Sie doch nicht sagen, wir hätten keine erfolgreiche Konsolidierungspolitik betrieben.

(Beifall von der CDU)

Ich habe Ihnen schon Mitte des Jahres gesagt, als Sie angefangen haben, mit dem Nachtrag zu spintisieren, dass der Jahresabschluss weit besser als alles sein wird, das Sie sich damals vorstellen konnten.

Wenn ich jetzt lese, was Sie gegenüber dem Verfassungsgericht bzw. gegenüber der Presse in Interviews erklärt haben, ist doch ganz klar: Sie haben einen milliardenschweren Haushaltsüberschuss. Sie hätten die Neuverschuldung auf unter 5 Milliarden € absenken können. Sie haben das nicht getan. Sie jagen uns wieder auf die Bäume.

(Beifall von der CDU und von Dr. Robert Orth [FDP])

Sie sagen selbst: „Man muss die finanziellen Risiken von Zinsentwicklungen sehen.“ – Wir müssen deshalb aufhören, immer wieder neue Aufgaben zu

suchen, die wir hinterher dauerhaft an der Backe haben und die wir nicht mehr bezahlen können, wenn sich die wirtschaftliche Situation ändert. – Das wollte ich Ihnen noch einmal ins Stammbuch geschrieben haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abgeordneter Körfges, bitte schön.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da der Kollege Weisbrich heute nichts unversucht lässt, diesen Tagesordnungspunkt dazu zu missbrauchen, Geschichtsklitterung zu betreiben,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

lassen Sie mich bitte einige Bilanzzahlen der schwarz-gelben Regierung nennen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

130 Milliarden € Schulden sind Ihre Hinterlassenschaft! Das ist das, was Sie uns hinterlassen haben!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich! – Weitere Zurufe)

Zur Verschlechterung der Finanzsituation des Landes in Höhe von 880 Millionen € pro Jahr haben Sie maßgeblich und ursächlich dadurch beigetragen, dass Sie unreflektiert und bedenkenlos diesem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Berlin zugestimmt haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Das war Schwarz-Rot!)

Sie machen es, wie es Ihnen gerade passt: mal größte Krise in der Nachkriegsgeschichte, mal genialer Aufschwung!

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich halte Ihnen zugute, dass Sie persönlich mit der Krise nichts zu tun gehabt haben. Aber wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären die in Berlin angelegten Strategien zur Krisenbekämpfung – das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der FDP – weitestgehend unterlassen worden.

Sie rechnen sich den gegenwärtigen Aufschwung schön.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage ...

Hans-Willi Körfges (SPD): Gemessen an der Basis 2008 haben wir immer noch weniger Steuereinnahmen. Bei der Betrachtung der Zahlen aus dem Jahr 2008 stelle ich fest: Sie haben das ungeheure Glück gehabt, dass Sie auch von den historisch höchsten Steuereinnahmen profitieren durften. Das hat in keiner Weise dazu geführt, dass Sie hier für Nachhaltigkeit gesorgt haben. Deshalb, meine Damen und Herren, ist das nur der Versuch, sich unerkannt vom Acker zu machen.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

Sie haben uns Probleme hinterlassen. Wir werden die Probleme in Angriff nehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn es darum geht, nachhaltig mit dem Landeshaushalt umzugehen, scheuen wir nicht davor zurück, uns der anstehenden offenen Diskussion mit Ihnen zu stellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Es liegt eine weitere Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Mostofizadeh vor.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Weisbrich, ich will nur darauf hinweisen, dass Sie gerade wieder versucht haben, von dem Tatbestand, über den wir heute reden, abzulenken.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das ist ein bisschen schade. Ich habe mich sehr bemüht, zur Sache zu reden und den Punkt herauszuarbeiten, um den es in Ihrem Konzept geht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Man sieht doch die Absicht dort!)

Ich habe Ihnen nachvollziehbar bis 2008 vorgetragen. Ich könnte das für 2009 genauso durchdeklinieren. Wenn wir Ihr Konzept ernst nehmen – das tue ich ausdrücklich –, hätten Sie 2008 8 Milliarden € weniger ausgeben dürfen bzw. mehr einnehmen müssen, als Sie es getan haben.

Ich kann es Ihnen gern vorrechnen: Sie haben nachweislich 1 Milliarde € Schulden gemacht. Das steht im Rechnungsabschluss.

(Christian Weisbrich [CDU]: Was?)

Sie hätten aber, weil 2008 bisher nachweislich das beste Jahr in der konjunkturellen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

mit den höchsten Steuereinnahmen dieses Landes in Höhe von 42 Milliarden € – mithin über 4 Milliarden € mehr, als dieses Jahr zu erwarten sind –, natürlich eine Konjunkturrücklage bilden müssen. Man

kann Konjunkturschwankungen nach unten nur ausgleichen, wenn man oben etwas eingespart hat. Das schreiben Sie in Ihrem eigenen Gesetzentwurf.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Diese aufzubauende Konjunkturrücklage hätte nach den erkennbaren Konjunkturschwankungen der letzten zehn Jahre eine Größenordnung von 5 Milliarden € haben müssen. Das ist doch auszurechnen. Wir können gern dem RWI einen Gutachtenauftrag hierzu erteilen. Und Sie hätten nicht 1,5 Milliarden € an Belastung an die Kommunen weiterreichen müssen.

Nach Ihrem Konzept hätten Sie um 8 Milliarden € in 2008 besser sein müssen. Das waren Sie aber nicht.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Darauf weise ich doch nur hin. Alles andere werden wir im Ausschuss diskutieren.

Wenn Sie einen Gesetzentwurf vorlegen, Herr Kollege Weisbrich, müssen Sie doch in der Lage sein, diesen Gesetzentwurf mit klaren Maßnahmen zu hinterlegen und auf die Zukunft vorzubereiten. Wenn Sie wollen, dass wir das 2020 so hinbekommen, wie es in Ihrem Gesetzentwurf steht, müssen wir uns doch jetzt darüber unterhalten. Das haben Sie ausdrücklich gesagt. Ab 2011 muss die Debatte gelten und mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden. Wenn das sein soll, müssen wir damit heute anfangen. Es hilft überhaupt nichts, 130 Milliarden € durch fünf Jahre zu dividieren.

Ihren Gesetzentwurf werden wir auf Herz und Nieren prüfen. Wir werden auf Herz und Nieren prüfen, was davon geht und was davon nicht geht – ganz konkret am Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen und nicht an irgendwelchen Konjunkturspielchen, die mathematisch hergeleitet wurden. Das ist unsere Aufgabe – keine Rechenspielereien. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten das Stadium überwinden zu sagen, es gebe gute und schlechte Schulden.

Fakt ist, dass die Verschuldung des Landes eine enorme Belastung für den jetzigen und für zukünftige Haushaltsgesetzgeber ist. Sie nimmt insbesondere nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume und engt auch schon uns in unseren Gestaltungsmöglichkeiten ein.

Ich habe nachgerechnet: In den letzten fünf Jahren haben wir 23 Milliarden € allein für Zinsen ausgegeben. Das ist in etwa auch der Betrag der Neuverschuldung. Da muss man doch nachdenklich werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hoffentlich werden Sie das!)

Allein in den Jahren 1995 bis 2005, in denen wir nicht nur „wegbrechende“ Steuereinnahmen hatten – die tatsächlichen Steuereinnahmen lagen also unter den Prognosen –, sind für mehr als 50 Milliarden € die Hände in diesem Parlament in die Höhe gegangen und haben diese Schulden genehmigt.

Im Übrigen sage ich Ihnen, Herr Kollege Sagel, wenn Sie immer den Mund so weit aufmachen: Auch Sie persönlich haben diesen mehr als 50 Milliarden € in diesem Haus zugestimmt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Aber der FDP und mir geht es wirklich darum, dass wir einmal dieses Stadium der reflexartigen Bisse überwinden. Wir haben gemeinsam die Verantwortung – und zwar alle miteinander –, endlich einen Ausweg aus dieser Schuldenmisere zu finden.

Insofern würde ich mir sehr wünschen, dass wir den Gesetzentwurf der Kollegen der CDU zu einem ernsthaften Ringen um die beste Lösung für das Land und die nachfolgenden Generationen nutzen. Vielleicht bekommen wir es ja tatsächlich hin, hier im Haus eine große, auch verfassungsändernde Mehrheit zu bekommen. Eine Regelung, die für unser Land und die Menschen passt, die wieder Gestaltungsoptionen eröffnet, unterlegt mit politischem Handeln – das wäre mein persönlicher Wunsch für das Jahr 2011. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf einen Widerspruch bei der CDU hinweisen: Die CDU hat hier im September einen Antrag eingebracht, in dem steht, dass alle demografischen Gewinne für die Haushaltskonsolidierung verwendet werden sollen. Demografische Gewinne entstehen zum Beispiel im Schulhaushalt durch zurückgehende Schülerzahlen.

Gleichzeitig hat die CDU einen Schulantrag vorgelegt, der viele Versprechungen enthält. Wenn man das einmal grob aufsummiert, macht das etwa 22.500 Stellen, die eingerichtet und geschaffen werden müssen,

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

um diese Versprechungen der CDU zu erfüllen. – Ich bin gespannt, wie Sie diesen Widerspruch im Laufe der Debatte auflösen, und sage nur das zum Thema „Glaubwürdigkeit“. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wir sind damit Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1068 – Neudruck** – an den **Haupt- und Medienausschuss** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Rechtsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer der Überweisung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf:

2 Angebot ohne Akzeptanz: Rückkehr zu G9 wird von den Gymnasien nahezu vollständig abgelehnt – Schwächung des gymnasialen Bildungsgangs verhindern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1067

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1147

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort der Frau Abgeordneten Pieper-von Heiden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Sylvias Versuchsküche brodelt es, und das aufgetischte Gericht ist versalzen. 98 % der Gymnasien lehnen den Modellversuch zur Schulzeitverlängerung ab; noch deutlicher kann ein Misstrauensvotum wohl kaum ausfallen.

(Beifall von der FDP)

Weit über 600 Gymnasien haben erkannt, dass dieser Weg in die Sackgasse führt. Nur 13 Gymnasien wollen zu G9 zurück. SPD und Grüne sind Opfer ihrer eigenen jahrelangen Propaganda geworden.

(Ralf Witzel [FDP]: 98 % können nicht irren! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])